

## Medienmitteilung

Thema	Parolen Abstimmung vom 14. Juni 2015
Für Rückfragen	Laura Kopp <a href="mailto:laura.kopp@grunliberale.ch">laura.kopp@grunliberale.ch</a> / 079 696 73 28
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern <a href="mailto:lu@grunliberale.ch">lu@grunliberale.ch</a> / <a href="http://www.lu.grunliberale.ch">www.lu.grunliberale.ch</a>
Datum	18. Mai 2015

### glp sagt Ja zu PID

**Der Vorstand der Grünliberalen des Kantons Luzern hat für die Abstimmungsvorlage zur Fortpflanzungsmedizin die Ja-Parole beschlossen. Für die Billag-Vorlage sowie die Erbschaftssteuer- und die Stipendieninitiative empfiehlt der glp-Vorstand ein Nein.**

Die Grünliberalen des Kantons Luzern befürworten die Verfassungsänderung zur Präimplantationsdiagnostik. Die bisherige Regelung führt überdurchschnittlich häufig zu Mehrlingsschwangerschaften nach Kinderwunschbehandlungen. Damit werden Mütter und Kinder einem erhöhten Risiko für Frühgeburten und den damit häufiger einhergehenden Komplikationen ausgesetzt. Die geplante Verfassungsänderung minimiert dieses Risiko und ermöglicht eine massvolle Weiterentwicklung der Fortpflanzungsmedizin. Zudem stärkt sie die Verantwortung der Eltern.

Zum Bundesgesetz über Radio und Fernsehen sowie zur Erbschaftssteuer- und zur Stipendieninitiative hat der glp-Vorstand die Nein-Parole beschlossen. Die Grünliberalen unterstützen einen medialen Service Public und sehen Reformbedarf bei der Finanzierung. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung würde jedoch keinen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten und viele Unternehmen zusätzlich belasten. Eine Unternehmensabgabe ist systemwidrig, weil alle Privatpersonen bereits eine geräteunabhängige Abgabe entrichten müssen.

Gegen die Erbschaftssteuerinitiative spricht für die glp, dass sie eine rechtlich fragwürdige Rückwirkungsregelung enthält. Die Initiative verstösst damit gegen das rechtsstaatliche Prinzip der Rechtssicherheit. Weiterhin sieht die Initiative vor, die Steuererträge zur Finanzierung der AHV einzusetzen. Damit leistet sie jedoch keinen Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung der AHV.

Die Stipendieninitiative wird von den Grünliberalen vor allem deshalb abgelehnt, weil sie eine Kompetenzverlagerung von den Kantonen zum Bund vorsieht. Damit widerspricht sie dem föderalistischen Bildungssystem und führt für viele Kantone und den Bund zu massiven Mehrkosten. Ausserdem haben die meisten Kantone mit dem Stipendienkonkordat bereits freiwillig wichtige Schritte in Richtung einer besseren Regelung des Stipendienwesens unternommen.